



# Umgang mit der Corona-Krise in den öffentlichen Verwaltungen Deutschlands

## Studienergebnisse

**Verwaltungs- & Beschaffer** **netzwerk**

Das Netzwerk der öffentlichen Verwaltung

in Kooperation mit



Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre und Industriebetriebslehre

Prof. Dr. Ronald Bogaschewsky



# **Impressum**

## **Herausgeber**

Verwaltungs- und Beschaffernetzwerk (Ondux GmbH)  
Am Scheidmännlein 19  
D-97230 Estenfeld

Tel.-Nr.: +49 931 90 70 98 77  
info@vubn.de  
Internet: www.VuBN.de

## **Durchführung der Studie:**

**Verwaltungs- und Beschaffernetzwerk (Ondux GmbH)**  
Am Scheidmännlein 19  
D-97230 Estenfeld

## **In Kooperation mit:**

**Julius-Maximilians-Universität Würzburg**  
**Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre und Industriebetriebslehre**  
**Prof. Dr. Ronald Bogaschewsky**  
Sanderring 2  
97070 Würzburg

**IUBH Internationale Hochschule**  
**Prof. Dr. Michael Broens**  
Juri-Gagarin-Ring 152  
99084 Erfurt

## **Abschlussdatum:**

April 2020

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

**Informationen zur Studie:**

Im Zeitraum vom 30.03.2020 bis 09.04.2020 führte das Verwaltungs- und Beschaffernetzwerk ([www.VuBN.de](http://www.VuBN.de)) in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre und Industriebetriebslehre der Universität Würzburg und der IUBH Internationale Hochschule nachstehende Online-Umfrage durch. Der vorliegende Bericht beinhaltet eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.

<b>Teilnehmerzahlen</b>	
<b>Fragenbogen begonnen</b>	<b>2.329</b>
<b>Fragebogen beendet</b>	<b>1.726</b>
<b>Beendigungsquote</b>	<b>74,11 %</b>

Tabelle 1: Überblick Teilnehmerzahlen

**Autoren (alphabetisch geordnet):**

**Felix Blank, M.Sc., Julius-Maximilians-Universität Würzburg**

**Prof. Dr. Ronald Bogaschewsky, Julius-Maximilians-Universität Würzburg**

**Prof. Dr. Michael Broens, IUBH Internationale Hochschule**

**Jennifer Fischer, M.Sc., Julius-Maximilians-Universität Würzburg**

## Kurzzusammenfassung der Ergebnisse

- Die befragten Verwaltungen haben **zahlreiche Maßnahmen**, wie beispielsweise die Einführung von **Home-Office-Konzepten** und **Schichtregelungen**, zum **Schutz der eigenen Mitarbeiter** getroffen.
- **Die Ausgabe von Schutzmasken** zur Minimierung der Infektionsgefahr  **fand vielfach bislang nicht statt**, wohingegen der **Publikumsverkehr nahezu überall auf ein Minimum reduziert** wurde.
- **Nur etwas über die Hälfte der Verwaltungsmitarbeiter fühlt** sich durch die getroffenen Maßnahmen **ausreichend geschützt**. Es besteht also in vielen Fällen zumindest **Verbesserungsbedarf**.
- **Vor Ausbruch der Corona-Pandemie existierten bei 80 %** der befragten Verwaltungen **keine Pandemie-Notfallpläne**.
- Es wird davon ausgegangen, dass die Corona-Krise **Auswirkungen auf die Finanzen** der Verwaltungen haben wird. Bisher **geplante Beschaffungsvorhaben werden** daher teilweise **zurückgestellt**.

## I. Einleitung

Die zum Berichtszeitpunkt (April 2020) aktuelle Corona-Krise hat Deutschland weiterhin fest im Griff. Umfangreichen Beschränkungen üben starken Einfluss auf das öffentliche, private sowie wirtschaftliche Leben aus. Dem öffentlichen Sektor kommt eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Krise zu. Neben der unmittelbaren Koordination der durchzuführenden Maßnahmen ist diese durch die schnelle Anpassung an neue Gegebenheiten sowie den Schutz der eigenen Mitarbeiter geprägt. Aktuelle Umfragen haben ergeben, dass die Corona-Krise die deutschen Städte und Kommunen oftmals unvorbereitet getroffen hat. Die Mehrzahl der Städte und Kommunen hatte demnach vor Ausbruch der Corona-Pandemie keine Notfallpläne mit Bezug zu Pandemien.<sup>1</sup>

Neben den beschriebenen neuen Herausforderungen müssen die Städte und Kommunen weiterhin ihren gewohnten Verwaltungsalltag bewältigen. Dies führt zu umfangreichen Anpassungen des Verwaltungsalltags an die neuen Gegebenheiten. Das Verwaltungs- und Beschaffernetzwerk ([www.VuBN.de](http://www.VuBN.de)) hat daher in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre und Industriebetriebslehre, Prof. Dr. Ronald Bogaschewsky, sowie der IUBH Internationale Hochschule, Prof. Dr. Michael Broens, eine Umfrage zum Umgang mit der Corona-Krise in deutschen Verwaltungen durchgeführt. Dabei wurden getroffene Maßnahmen innerhalb der Verwaltungen abgefragt, die Existenz etwaiger Notfallpläne, das Schutzempfinden der öffentlich Beschäftigten sowie deren Erwartungen im Hinblick auf die kommenden Monate.

Zur Sicherstellung einer hohen Beteiligung und aussagekräftiger Ergebnisse wurden die über 20.000 Mitglieder des VuBN per E-Mail-Benachrichtigung zur Teilnahme eingeladen. Detaillierte Ausführungen zur Zusammensetzung der Stichprobe finden sich in Kapitel 2.1.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung erläutert. Sofern dies nicht anders angegeben ist, beziehen sich die Ergebnisse stets auf die Gesamtzahl der beantwortenden Fragebögen.

---

<sup>1</sup> Corona-Umfrage unter Deutschlands Bürgermeistern: <https://kommunal.de/corona-umfrage-buergermeister>

## II. Auswertung

Im Folgenden wird zunächst auf die Zusammensetzung der Stichprobe (Kapitel 2.1) eingegangen. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Befragung in Kapitel 2.2 vorgestellt sowie in Kapitel 2.3 Korrelationsanalysen durchgeführt.

### 2.1 Zusammensetzung der Stichprobe

Aufgrund der repräsentativen geografischen Verteilung der Mitglieder des Verwaltungs- und Beschaffernetzwerks ([www.VuBN.de](http://www.VuBN.de)) spiegeln die Teilnehmerzahlen in etwa die tatsächliche Bevölkerungsverteilung innerhalb der Bundesrepublik Deutschlands wider. Dies gilt mit Ausnahme der Bundesländer Berlin, Hamburg und Saarland.

	<b>absolute Zahl der Teilnehmer</b>	<b>relativer Anteil</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	199	<b>11,9 %</b>
<b>Bayern</b>	304	<b>18,2 %</b>
<b>Berlin</b>	16	<b>1,0 %</b>
<b>Brandenburg</b>	86	<b>5,1 %</b>
<b>Bremen</b>	5	<b>0,3 %</b>
<b>Hamburg</b>	5	<b>0,3 %</b>
<b>Hessen</b>	123	<b>7,4 %</b>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	35	<b>2,1 %</b>
<b>Niedersachsen</b>	238	<b>14,2 %</b>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	331	<b>19,8 %</b>
<b>Rheinland-Pfalz</b>	113	<b>6,8 %</b>
<b>Saarland</b>	8	<b>0,5 %</b>
<b>Sachsen</b>	51	<b>3,0 %</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>	39	<b>2,3 %</b>
<b>Schleswig-Holstein</b>	81	<b>4,8 %</b>
<b>Thüringen</b>	39	<b>2,3 %</b>

Tabelle 2: Teilnehmerzahlen nach Bundesland

Die überwiegende Mehrheit (76,5 %) der Teilnehmer der Umfrage arbeiten bei einer Stadt- oder Kommunalverwaltung. Die zweitgrößte Gruppe ist bei einem Landkreis oder Bezirk (10,9 %) beschäftigt. Darauf folgen kommunale Unternehmen (3,3 %), Hochschulen (2,6 %), Landesbehörden (2,5 %), sonstige öffentliche Organisationseinheiten (1,5 %) sowie Bundesbehörden (0,9 %) und Sozialversicherungsträger (0,7 %). Krankenhausverwaltungen (0,5 %), Sektorenauftraggeber (0,4 %) sowie sonstige Forschungseinrichtungen (0,2 %) weisen jeweils nur einstellige Teilnehmerzahlen auf.

	<b>absolute Zahl der Antworten</b>	<b>relativer Anteil</b>
<b>Bundesbehörde</b>	15	<b>0,9 %</b>
<b>Landesbehörde</b>	42	<b>2,5 %</b>
<b>Landkreis/Bezirk</b>	184	<b>10,9 %</b>
<b>Stadt/Kommunalverwaltung</b>	1289	<b>76,5 %</b>
<b>Hochschule</b>	43	<b>2,6 %</b>
<b>Sonstige Forschungseinrichtung</b>	4	<b>0,2 %</b>
<b>Krankenhausverwaltung</b>	8	<b>0,5 %</b>
<b>Sektorenauftraggeber</b>	7	<b>0,4 %</b>
<b>Kommunales Unternehmen</b>	55	<b>3,3 %</b>
<b>Sozialversicherungsträger</b>	12	<b>0,7 %</b>
<b>Sonstiges</b>	25	<b>1,5 %</b>

Tabelle 3: Teilnehmerzahlen nach öffentlicher Organisationseinheit

Der Großteil der Befragungsteilnehmer (50,8 %) arbeitet in mittelgroßen Verwaltungen mit mindestens fünfzig, jedoch weniger als fünfhundert Mitarbeitern. In Verwaltungen, die weniger als fünfzig Mitarbeiter aufweisen, arbeiten 19,5 % der Befragten; in Verwaltungen ab fünfhundert Mitarbeiter 29,7 %.

<b>Anzahl Mitarbeiter</b>	<b>absolute Zahl der Antworten</b>	<b>relativer Anteil</b>
<b>&lt; 50</b>	319	<b>19,5%</b>
<b>50 - &lt; 500</b>	834	<b>50,8 %</b>
<b>≥ 500</b>	489	<b>29,7 %</b>

Tabelle 4: Anzahl Mitarbeiter

## 2.2 Auswertung der Antworten auf die einzelnen Fragen

**Frage: Welche Maßnahmen hat Ihr Arbeitgeber getroffen, um die Verwaltungsmitarbeiter vor einer Corona-Infektion zu schützen?**

	trifft nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft zu
<b>Verlagerung der Arbeit ins Home-Office (n = 1679)</b>	11,3%	9,1%	35,2%	10,6%	33,8%
<b>Größere räumliche Distanz der Arbeitsplätze in der Verwaltung (n = 1625)</b>	11,4%	8,6%	15,8%	15,3%	48,9%
<b>Schichtregelung, um Kontakt zwischen Mitarbeitern zu reduzieren (n = 1630)</b>	19,0%	10,1%	18,5%	8,8%	43,6%
<b>Installation von Desinfektionsmöglichkeiten (n = 1651)</b>	11,0%	7,2%	11,8%	10,2%	59,9%
<b>Minimierung des Publikumsverkehrs (n = 1661)</b>	0,5%	0,5%	2,0%	2,5%	94,4%
<b>Ausgabe von Schutzmasken (n = 1603)</b>	77,7%	9,2%	6,8%	1,9%	4,4%

Tabelle 5: Maßnahmen in den öffentlichen Verwaltungen

- Die abgefragten Maßnahmen zum Schutz der Verwaltungsmitarbeiter vor einer Infektion mit dem Corona-Virus werden unterschiedlich häufig durchgeführt.
- Insbesondere die unmittelbare Verminderung der Kontaktmöglichkeiten innerhalb des Verwaltungsalltags wurde bei zahlreichen Verwaltungen umgesetzt. So findet lediglich in 1 % der befragten Verwaltungen noch ein einigermaßen normaler Publikumsverkehr statt (Bewertung mit „trifft nicht zu“ oder „trifft eher nicht zu“ mit jeweils 0,5 %). Dahingegen wurde der Publikumsverkehr in knapp 95 % der Fälle auf ein Minimum heruntergefahren.
- Ebenso wurden häufig Maßnahmen zur Kontaktreduzierung zwischen den Verwaltungsmitarbeitern durchgeführt. So wurde in 44,4 % der befragten Verwaltungen die Arbeit größtenteils auf Home-Office umgestellt (Bewertung mit „trifft eher zu“ oder „trifft zu“), größere räumliche Distanz zwischen den Arbeitsplätzen geschaffen (64,2 %) oder es wurden Schichtregelungen eingeführt (52,4 %).
- Gleichermaßen wurden in zahlreichen befragten öffentlichen Verwaltungen Möglichkeiten zur Desinfektion installiert. 70,1 % der Befragungsteilnehmer bewerten dies mit „trifft eher zu“ oder „trifft zu“.

- Die geringen Werte bei der Antwortmöglichkeit „Ausgabe von Schutzmasken“ können vermutlich auch auf die problematische Lage am Beschaffungsmarkt für Schutzutensilien zurückgeführt werden. So geben 77,7 % der Befragten an, dass (bisher) keine Masken ausgegeben wurden. Nur in 4,4 % der Fälle ist dies der Fall. Diese Werte können allerdings zum Teil auf die nicht bestehende Maskenpflicht an vielen Arbeitsplätzen zurückgeführt werden, sodass die öffentlichen Arbeitgeber eventuell nur in „Hochrisiko-Arbeitsplätzen“ ausreichend Schutzmasken zur Verfügung stellen.
- Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die öffentlichen Arbeitgeber in einigen Bereichen recht umfassende Maßnahmen getroffen haben, um ihre Mitarbeiter zu schützen, jedoch nicht durchgängig.

Im Folgenden werden die gegebenen Antworten, sofern sich signifikante Unterschiede ergeben haben, nach unterschiedlichen Teilen der Stichprobe analysiert.

<b>Verlagerung der Arbeit ins Home-Office</b>					
	<b>trifft nicht zu</b>	<b>trifft eher nicht zu</b>	<b>teils/teils</b>	<b>trifft eher zu</b>	<b>trifft zu</b>
<b>Gesamt (n = 1679)</b>	<b>11,3%</b>	<b>9,1%</b>	<b>35,2%</b>	<b>10,6%</b>	<b>33,8%</b>
<b>Neue Bundesländer (n = 265)</b>	<b>21,5%</b>	<b>11,7%</b>	<b>36,2%</b>	<b>6,0%</b>	<b>24,5%</b>
<b>Nordrhein-Westfalen (n = 329)</b>	<b>5,2%</b>	<b>5,8%</b>	<b>35,0%</b>	<b>11,6%</b>	<b>42,6%</b>
<b>Bayern (n = 302)</b>	<b>22,5%</b>	<b>12,6%</b>	<b>29,8%</b>	<b>11,3%</b>	<b>23,8%</b>

Tabelle 6: Verlagerung der Arbeit ins Home-Office nach Bundesländern

- Die Verlagerung der Arbeit in das Home-Office wird nicht in allen Bundesländern gleichhäufig durchgeführt.
- Über alle Antwortmöglichkeiten hinweg lässt sich eine geringere Verlagerung ins Home-Office in den Neuen Bundesländern sowie im Freistaat Bayern feststellen. Besonders stark wird dieses Konzept offenbar in Nordrhein-Westfalen verfolgt. Dies könnte sich durch das vergleichsweise frühe und massive Infektionsgeschehen im Landkreis Heinsberg erklären lassen. Ob auch die größere Mitarbeiterzahl in den Verwaltungen in Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielt, kann nicht belegt werden.

<b>Verlagerung der Arbeit ins Home-Office</b>					
	<b>trifft nicht zu</b>	<b>trifft eher nicht zu</b>	<b>teils/teils</b>	<b>trifft eher zu</b>	<b>trifft zu</b>
<b>Gesamt (n = 1679)</b>	<b>11,3%</b>	<b>9,1%</b>	<b>35,2%</b>	<b>10,6%</b>	<b>33,8%</b>
<b>&lt; 50 Mitarbeiter (n = 316)</b>	<b>26,9%</b>	<b>11,1%</b>	<b>35,8%</b>	<b>8,2%</b>	<b>18,0%</b>
<b>&gt; 500 Mitarbeiter (n = 486)</b>	<b>4,7%</b>	<b>6,4%</b>	<b>28,0%</b>	<b>14,0%</b>	<b>46,9%</b>

Tabelle 7: Verlagerung der Arbeit ins Home-Office nach Größe der Verwaltung

- Die Verlagerung der Arbeit in das Home-Office ist auch von der Größe der jeweiligen Verwaltung abhängig. Es lässt sich generell festhalten, dass, je kleiner die Verwaltung ist, desto seltener Home-Office-Arbeit präferiert wird. Dies könnte an einer nicht ausreichenden IT-Infrastruktur in vielen kleineren Verwaltungen oder auch an der dort oftmals gegebenen, höheren Aufgabenbreite je Mitarbeiter\*in liegen, die sich nicht so gut durch einheitliche IT-Lösungen abdecken lässt.

**Frage: Zu welchem Prozentsatz Ihrer normalen Arbeitszeit können Sie im Home-Office / per Telearbeit arbeiten? (n = 1558)**

<b>0%</b>	<b>&gt; 0% - &lt; 25%</b>	<b>25% - &lt; 50%</b>	<b>50% - &lt; 75%</b>	<b>75% - &lt; 100%</b>	<b>100%</b>
<b>21,6%</b>	<b>13,9%</b>	<b>18,5%</b>	<b>16,9%</b>	<b>14,5%</b>	<b>14,6%</b>

Tabelle 8: Anteil Home-Office

- Die Verlagerung der Arbeit in das Home-Office findet in unterschiedlicher Intensität in den befragten Verwaltungen statt. Befragt nach der persönlichen Situation zeigt sich, dass lediglich 14,6 % der Befragten ausschließlich von zu Hause aus arbeiten können.
- Weitere 14,5 % geben an, dass sie zu mehr als drei Viertel ihrer Arbeitszeit im Home-Office arbeiten. Konkret bedeutet dies, dass diese Gruppe der Befragten wohl lediglich für einzelne Präsenztermine in der Verwaltung zugegen ist. Knapp 50 % der Befragten können teilweise von zu Hause aus arbeiten, dabei knapp 17 % zu mehr als der Hälfte ihrer regulären Arbeitszeit. Insofern besteht hier die Möglichkeit, dass sich viele Verwaltungsmitarbeiter zumindest teilweise in die Betreuung von Kindern oder anderer Angehöriger einbringen, dies jedoch nicht komplett allein bewältigen können.
- 21,6 % der Befragten geben an, dass sie ihre Arbeitszeit vollständig in Präsenz ableisten müssen. Im Vergleich zur Bewertung der generellen Schaffung einer Home-Office-Möglichkeit (Bewertung von 11,3 % mit „trifft nicht zu“) bedeutet dies, dass etwaig getroffene, generelle Home-Office-Vereinbarungen nicht für alle Mitarbeiter in gleichem Maße umsetzbar sind.

Im Folgenden werden die gegebenen Antworten, sofern sich signifikante Unterschiede ergeben haben, nach unterschiedlichen Teilen der Stichprobe analysiert.

	0%	> 0% - < 25%	25% - < 50%	50% - < 75%	75% - < 100%	100%
<b>Gesamt (n = 1558)</b>	21,6%	13,9%	18,5%	16,9%	14,5%	14,6%
<b>Neue Bundesländer (n = 239)</b>	36,4%	16,3%	16,3%	10,0%	9,6%	11,3%
<b>Nordrhein- Westfalen (n = 310)</b>	16,5%	12,6%	17,7%	18,7%	15,5%	19,0%
<b>Bayern (n = 283)</b>	30,4%	16,3%	15,2%	13,4%	11,3%	13,4%

Tabelle 9: Anteil Home-Office nach Bundesländern

- Vergleichbar zu der in Tabelle 6 dargestellten generellen Verlagerungsoption der Arbeit ins Home-Office ergeben sich hinsichtlich der Umsetzung dieser Möglichkeit ebenfalls Unterschiede zwischen den Bundesländern.
- Ähnlich ist, dass in den Neuen Bundesländern sowie im Freistaat Bayern im Vergleich zum Durchschnitt die Arbeit zu geringeren Teilen in das Home-Office verlagert wird.
- Im Bundesland Nordrhein-Westfalen geschieht dies häufiger, jedoch mit geringerer Abweichung zum Durchschnitt über alle Bundesländer hinweg als bei der generellen Verlagerungsoption der Arbeit in das Home-Office (siehe Tabelle 6).

	0%	> 0% - < 25%	25% - < 50%	50% - < 75%	75% - < 100%	100%
<b>Gesamt (n = 1558)</b>	21,6%	13,9%	18,5%	16,9%	14,5%	14,6%
<b>&lt; 50 Mitarbeiter (n = 295)</b>	29,5%	20,7%	18,3%	15,3%	8,1%	8,1%
<b>&gt; 500 Mitarbeiter (n = 495)</b>	16,3%	8,4%	15,6%	17,6%	20,4%	21,8%

Tabelle 10: Anteil Home-Office nach Größe der Verwaltung

- Die Intensität der Verlagerung der Arbeit in das Home-Office ist, vergleichbar zu den Ergebnissen aus Tabelle 7, stark von der Größe der jeweiligen Verwaltung abhängig. Dies lässt sich vermutlich, wie bereits beschrieben, aus etwaig mangelnder IT-Infrastruktur sowie einem breiten Aufgabenspektrum des Einzelnen und der damit einhergehenden Präsenzpflcht in kleineren Verwaltungen erklären.

**Frage: Existierten in Ihrer Verwaltung bereits vor der Corona-Krise Notfallpläne für den Fall einer Pandemie? (n = 1173)**

ja	nein
20,0%	80,0%

Tabelle 11: Vorhandensein von Pandemie-Notfallpläne vor der Corona-Krise

- In 80 % der befragten Verwaltungen bestanden vor Ausbruch der Corona-Krise keine eigenen Notfallpläne für den Fall einer Pandemie. Dieses Ergebnis ist äquivalent zum Ergebnis der von der Zeitschrift KOMMUNAL publizierten und dem Meinungsinstitut Forsa durchgeführten Umfrage unter deutschen Bürgermeistern.<sup>2</sup>
- Dieses Ergebnis korrespondiert auch mit den Daten zu den getroffenen Maßnahmen aus Tabelle 5. Maßnahmen mit größerem Vorlauf (Beschaffung von Schutzmasken und deren Einlagerung sowie die Schaffung von Home-Office-Möglichkeiten), deren grundsätzliche Vorbereitung in solchen Notfallplänen vorgesehen werden kann, konnten aufgrund der kurzfristigen Reaktionsmöglichkeiten somit allenfalls teilweise realisiert werden.

**Frage: Inwieweit fühlen Sie sich durch die Maßnahmen Ihres Arbeitgebers vor einer Corona-Infektion geschützt? (n = 1670)**

gar nicht	in geringem Maße	teils/teils	in hohem Maße	absolut
2,6%	10,3%	31,1%	47,2%	8,7%

Tabelle 12: Schutz durch ergriffene Maßnahmen

- Der Großteil (55,9 %) der befragten Verwaltungsmitarbeiter fühlt sich durch die getroffenen Maßnahmen ihres Arbeitgebers „absolut“ oder „in hohem Maße“ vor dem Risiko einer Corona-Infektion geschützt. Dies lässt sich durch die Minimierung des Publikumsverkehrs, die Verlagerung der Arbeit ins Home-Office sowie eingeführte Abstands- und Schichtarbeitsregelungen innerhalb der Verwaltungen erklären.
- Lediglich knapp 13 % der Befragten geben an, dass sie sich entweder „gar nicht“ oder lediglich „in geringem Maße“ durch die Maßnahmen geschützt fühlen. Knapp ein Drittel der Befragten sieht sich nur teilweise geschützt. Die getroffenen Maßnahmen erscheinen für fast die Hälfte der befragten Mitarbeiter als noch nicht ausreichend (Bewertung mit maximal „teils/teils“ von 44 %).

<sup>2</sup> Corona-Umfrage unter Deutschlands Bürgermeistern: <https://kommunal.de/corona-umfrage-buergermeister>

**Bitte nehmen Sie zu folgenden Aussagen Stellung:**

trifft nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft zu
<b>Die Corona-Krise wird eine starke Auswirkung auf die Finanzen meiner Kommune haben. (n = 1520)</b>				
0,8%	4,4%	14,5%	26,1%	54,1%
<b>Durch die Corona-Krise werden geplante Beschaffungsvorgaben von uns zurückgestellt. (n = 1320)</b>				
8,0%	25,2%	27,7%	20,2%	18,9%
<b>Durch die Corona-Krise werden geplante Stellenbesetzungen zurückgestellt. (n = 1187)</b>				
25,3%	34,1%	18,8%	10,7%	11,1%
<b>Die Corona-Krise wird das ganze Jahr 2020 starke Auswirkungen auf den Verwaltungsalltag haben. (n = 1572)</b>				
1,1%	4,6%	17,3%	33,7%	43,3%

Tabelle 13: Stellung zu Aussagen

- Der Großteil der Befragten (gut 80 %) stimmt der Aussage prinzipiell zu, dass die Corona-Krise starke Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen haben wird. Die befragten Mitarbeiter gehen offenbar davon aus, dass die kommunalen Einnahmen sich krisenbedingt verringern werden sowie zusätzliche Ausgaben in signifikantem Umfang zu bewältigen sein werden.
- In diesem Zuge nehmen knapp 40 % der Befragten an, dass geplante Beschaffungsvorhaben zurückgestellt werden; ein Drittel sehen dies allerdings eher nicht so (Bewertung mit „trifft nicht zu“ oder „trifft eher nicht zu“) bewertet. Damit ergibt sich diesbezüglich ein geteiltes Bild.
- Geplante Stellenbesetzungen sind laut den Befragten eher nicht stark von der Corona-Krise betroffen. Fast 60 % konstatieren, dass die Corona-Krise auf mögliche Stellenbesetzungen eher keinen Einfluss haben wird (Bewertung mit „trifft nicht zu“ oder „trifft eher nicht zu“). Dies könnte allerdings auch aus dem geplanten Personalzuwachs in den Gesundheitsämtern und anderen Gesundheitseinrichtungen zur besseren Bewältigung der Corona-Krise resultieren, so dass in anderen Bereichen eventuell doch fällige Stellenbesetzungen verzögert werden. Immerhin ein gutes Fünftel sehen ohnehin eine zumindest gewisse Zurückstellung der Stellenbesetzungen.
- Über drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass die Corona-Krise einen erheblichen Einfluss auf den Verwaltungsalltag im gesamten Jahr 2020 haben wird. Dies lässt sich einerseits aus den entstandenen organisatorischen Veränderungen und der erwarteten veränderten Finanzlage, andererseits aus den neu entstandenen Aufgaben, wie das Nachvollziehen von Infektionsketten oder dem Besetzen von Hotlines, erklären.

## 2.3 Korrelationsanalysen

Um mögliche Zusammenhänge innerhalb des Themenfelds bzw. der Befragung zu untersuchen, wird im Folgenden eine Korrelationsanalyse durchgeführt. Auf diese Weise kann beispielsweise überprüft werden, ob bestimmte in den Verwaltungen ergriffene Maßnahmen mit einem positiven Empfinden der Befragten hinsichtlich des Schutzes vor Ansteckung mit dem Corona-Virus einhergehen. Auch kann untersucht werden, ob bestimmte Maßnahmenkombinationen mehr oder weniger häufig vorkommen.

Der Begriff der Korrelation beschreibt eine Beziehung zwischen zwei Merkmalen. Im Rahmen der Korrelationsanalyse wird untersucht, ob ein Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen besteht und falls dies der Fall ist, wie stark dieser ist. Der Korrelationskoeffizient gibt an, wie stark der Zusammenhang zwischen den zu vergleichenden Merkmalen ist. Bei einem Absolutwert ab 0,1 kann von einer leichten, ab 0,3 von einer mittleren sowie ab 0,5 von einer starken Korrelation ausgegangen werden.

Besteht eine starke positive Korrelation zwischen zwei Merkmalen kann davon ausgegangen werden, dass ein Befragungsteilnehmer bei beiden Merkmalen einen hohen Skalenwert gewählt hat. Bei einer stark negativen Korrelation kann dagegen davon ausgegangen werden, dass bei einem Wert ein hoher, während beim anderen Merkmal ein niedriger Wert gewählt wurde.

Sofern die Korrelationskoeffizienten in Tabelle 14 mit zwei Sternen gekennzeichnet sind, sind diese auf 1-Prozent Niveau signifikant.

	<b>Schutz-empfinden</b>	<b>Verlagerung der Arbeit ins Home-Office</b>	<b>Größere räumliche Distanz der Arbeitsplätze</b>	<b>Schichtregelung</b>	<b>Installation von Desinfektionsmöglichkeiten</b>	<b>Minimierung des Publikumsverkehrs</b>	<b>Ausgabe von Schutzmasken</b>
<b>Schutzempfinden</b>	1,000	0,441**	0,405**	0,304**	0,274**	0,152**	0,172**
<b>Verlagerung der Arbeit ins Home-Office</b>	0,441**	1,000	0,368**	0,35	0,11	0,081**	0,105**
<b>Größere räumliche Distanz der Arbeitsplätze</b>	0,405**	0,368**	1,000	0,362**	0,187**	0,15**	0,106**
<b>Schichtregelung</b>	0,304**	0,35**	0,362**	1,000**	0,174**	0,145**	0,079**
<b>Installation von Desinfektionsmöglichkeiten</b>	0,274**	0,11**	0,187**	0,174**	1,000	0,188**	0,17**
<b>Minimierung des Publikumsverkehrs</b>	0,152**	0,081**	0,15**	0,145**	0,188**	1,000	0,012
<b>Ausgabe von Schutzmasken</b>	0,172**	0,105**	0,106**	0,079**	0,17**	0,012	1,000**

Tabelle 14: Korrelationen

- Die Maßnahmen der Verlagerung der Arbeit ins Home-Office (Korrelationskoeffizient 0,441), einer größeren räumlichen Distanz der Arbeitsplätze (0,405) sowie die Schichtregelungen (0,304) korrelieren auf mindestens mittlerem Niveau mit dem empfundenen Schutz der befragten Mitarbeiter. Dies bedeutet, dass die genannten Maßnahmen, sofern diese durchgeführt werden, einen erheblichen Einfluss auf das Schutzempfinden am Arbeitsplatz haben. In leicht abgeschwächter Form gilt dies für die Installation von Desinfektionsmöglichkeiten (0,274). Die Minimierung des Publikumsverkehrs korreliert trotz der häufigen Durchführung nur auf niedrigem Niveau mit dem Schutzempfinden (0,152). Vergleichbares gilt für die Ausgabe von Schutzmasken (0,172).
- Die Durchführung einzelner, auf den unmittelbaren Arbeitsplatz bezogener Maßnahmen korreliert auf mittlerem Niveau mit anderen diesbezüglichen Maßnahmen. Die Verlagerung der Arbeit in das Home-Office hängt demnach oftmals mit der Sicherstellung einer ausreichenden räumlichen Distanz am Arbeitsplatz (Korrelationskoeffizient 0,368) sowie auch mit getroffenen Schichtregelungen zusammen (0,35). Dies kann so interpretiert werden, dass die befragten Verwaltungen sich bemühen, auch für die Mitarbeiter, die nicht ins Home-Office wechseln können, ausreichende Arbeitsschutzmaßnahmen zu treffen.

### 3. Fazit

Laut den befragten Verwaltungsmitarbeitern wird die Corona-Krise einen erheblichen Einfluss auf den Verwaltungsalltag der öffentlichen Hand in Deutschland noch im weiteren Verlauf des Jahres 2020 haben. Auf die potenziell entstehenden finanziellen Probleme wird bereits jetzt schon teilweise mit der Zurückstellung von Beschaffungsvorhaben reagiert.

Gleichermaßen haben die öffentlichen Verwaltungen vielfach Maßnahmen getroffen, um ihre eigenen Mitarbeiter sowie den bestehenden Publikumsverkehr vor einer möglichen Infektion mit dem Corona-Virus zu schützen. Neben der Schaffung von weitreichenden Möglichkeiten zur Nutzung des Home-Office wurde auch vielfach der physische Kontakt zwischen den Angestellten der jeweiligen Verwaltung auf ein Mindestmaß reduziert. Problematisch hingegen erscheint die Ausstattung mit den benötigten Schutzmasken. Nur eine Minderheit der befragten öffentlichen Auftraggeber ist offenbar in der Lage diese ausreichend für ihre Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Die unterschiedliche Intensität der Durchführung von Home-Office-Arbeit mit Blick auf einzelne Bundesländer sowie die jeweilige Größe der Verwaltungen lässt darauf schließen, dass in Teilen der öffentlichen Hand noch strukturelle oder technische Mängel bei der Umsetzung von modernen Arbeitskonzepten bestehen.

Etwas über die Hälfte der Befragten sieht sich durch die getroffenen Maßnahmen ausreichend geschützt. Knapp die Hälfte der Befragten sieht hier zumindest noch teilweise Verbesserungsbedarf. Worin dieser liegt, hängt von den bereits getroffenen Maßnahmen ab.

Insbesondere vor dem Hintergrund der nicht-existenten Notfallpläne im Vorfeld der Corona-Pandemie, lassen die kurzfristig getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeiter insgesamt auf ein größtenteils gutes Krisenmanagement und eine unter diesen Umständen akzeptable Anpassung an die Corona-Krise durch die Verwaltungsleitungen schließen.

Das Verwaltungs- und Beschaffernetzwerk ([www.VuBN.de](http://www.VuBN.de)) ist die größte Web-basierte professionelle Wissensaustauschplattform der öffentlichen Hand in Deutschland. Neben zahlreichen Themengebieten wie Beschaffung und Vergabe, Finanzen, Bauhöfe oder IT, wurde im Zuge der Corona-Krise die Fachgruppe „Corona-Virus/Covid-19“ erstellt, in der sich bereits über 2.000 unserer Mitglieder aktiv austauschen.

[Hier geht es zur Fachgruppe Corona-Virus/Covid-19!](#)